

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 197. Ratssitzung vom 4. April 2018

3927. 2017/249

**Postulat von Markus Knauss (Grüne) und Dr. Balz Bürgisser (Grüne) vom
12.07.2017:**

Reduktion der Anzahl Parkplätze auf Schularealen mit ZM-Pavillons oder Neubauten zugunsten von Freiraum für Schülerinnen und Schüler und Erarbeitung von Mobilitätskonzepten

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3120/2017): Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler steigt in der Stadt Zürich stark an. In acht Jahren werden 7200 Kinder und Jugendliche mehr unsere Schulen und Kindergärten besuchen. Die Stadt muss zusätzlichen Schulraum bereitstellen. Als Übergangslösung, bis neue Schulhäuser gebaut werden, dienen die Züri-Modular-Pavillons. Ende 2018 werden 65 ZM-Pavillons auf Zürcher Schulanlagen stehen. Bis 2024 werden mindestens dreissig weitere dazukommen. Zudem sind einige Erweiterungsbauten auf bestehenden Schularealen geplant. Der Fussabdruck der Schulgebäude wird auf Kosten der Pausenplätze und Sportwiesen immer grösser. Für die Kinder ist der Freiraum aber wichtig für die Bewegung und Erholung in der Pause. Gerade wegen der steigenden Schülerzahlen ist die Erhaltung des Freiraums auf den Schulanlagen besonders wichtig. Im Hinblick auf die flächendeckende Einführung der Tagesschule, bei der sich über neunzig Prozent der Kinder über Mittag auf dem Schulareal aufhalten werden, ist genügend Platz im Freien absolut notwendig. Pausenplätze werden ausserdem auch am Wochenende von Kindern und Eltern aus dem Quartier rege genutzt. Mit der heutigen Praxis werden für jeden ZM-Pavillon und jeden Erweiterungsbau zusätzliche Autoparkplätze geschaffen. Die Parkplätze nehmen den Kindern Freiraum weg. Die Parkplatzverordnung der Stadt Zürich sieht in Art. 8 vor, dass bei autoarmen Nutzungen der Minimalparkplatzbedarf für Beschäftigte tiefer festgelegt werden kann als in der Verordnung vorgegeben. Dazu muss ein Mobilitätskonzept vorliegen. Wir fordern den Stadtrat auf, bei Schularealen von dieser Möglichkeit der Parkplatzreduktion vermehrt Gebrauch zu machen. Insbesondere bei allen Schularealen, auf denen ZM-Pavillons stehen oder stehen werden. Der ZM-Pavillon Allenmoos wird beispielsweise auf dem Pausenplatz gebaut. Wir bedauern diesen Standort sehr. Als flankierende Massnahme werden auf unser Drängen hin die zwölf Autoparkplätze auf dem Schulareal auf sieben reduziert und verlegt. Der so gewonnene Hartplatz wird den Kindern zum Spielen zur Verfügung gestellt. Somit entsteht eine einigermaßen akzeptable Lösung. Unser Postulat bezieht sich nicht nur auf Schulareale mit ZM-Pavillons, sondern auch auf solche, die verdichtet oder neu gebaut werden. Im Rahmen eines solchen Planungsprozesses sollte selbstverständlich ein Mobilitätskonzept mit dem Ziel, die Anzahl Autoparkplätze für Schulpersonal

zugunsten von Freiraum für Schülerinnen und Schüler zu reduzieren, erstellt werden. Betrachtet man die lange Liste der Parkplätze bei Zürcher Schulen, kommt man zum Schluss, dass Potenzial zum Reduzieren vorhanden ist. Die überwiegende Mehrheit der Lehrerinnen, Lehrer und Betreuungspersonen kann ihren Arbeitsort problemlos ohne Auto erreichen. Die meisten Schulhäuser in der Stadt Zürich sind durch den ÖV gut erschlossen und immer mehr Lehrpersonen fahren mit dem ÖV oder mit dem Velo zur Arbeit. Weniger Autoparkplätze erhöhen die Lebensqualität an den Schulen. Mit dem Verzicht einiger Parkplätze entsteht mehr Raum für unsere Kinder.

Dubravko Sinovcic (SVP) begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion am 30. August 2017 gestellten Ablehnungsantrag: Parkplätze wollen abgebaut werden. Unsere Haltung diesbezüglich ist bekannt. Wenn die Situation mit den ZM-Pavillons tatsächlich ein solches Problem wäre, dann müsste man keine Reduktion der Parkplätze bei Neubauten verlangen, wo genügend Platz eingeplant wird. Das zeigt, dass wiederum nicht ein konkretes Problem behandelt wird. Es gibt keine schriftliche Anfrage oder konkrete Zahlen, die den Mangel an Freiraum bezeugen.

Weitere Wortmeldungen:

Eduard Guggenheim (AL): Welche Werte im Klassenzimmer vermittelt werden, ist wesentlich; wenn die Lehrerinnen und Lehrer demonstrativ mit einem Auto zur Arbeit fahren, kann das im Konflikt stehen. Die Schulen sind normalerweise gut mit dem öffentlichen Verkehr und natürlich auch mit dem Velo erreichbar. Die Pausenplätze sind zum Pausieren da, aber nicht für die Autos, sondern für die Schülerinnen und Schüler. Selbstverständlich unterstützt die AL das Postulat.

Stephan Iten (SVP): Es geht wieder um Parkplatzabbau. Wir machen offensichtlich nicht zu wenig für Velos oder zu viel für Autos. Lehrermangel ist ein aktuelles Thema. Fachkräfte werden nach Zürich geholt; ihnen werden jetzt aber Parkplätze genommen. Mit diesem Vorstoss wird ein neues Problem geschaffen, auswärtige Lehrpersonen verlieren das Interesse, es kommt zu einem neuen Fachkräftemangel.

Johann Widmer (SVP): Es handelt sich um ein unnötiges Postulat, das von Neid gegenüber den Autofahrern geprägt ist. Es gibt auch Fachlehrerinnen und Fachlehrer, die nicht nur ein Heft zur Arbeit transportieren müssen, sondern kistenweise Material schleppen müssen.

Stefan Urech (SVP): Es geht um eine Wertevermittlung, um ein Gesinnungsdiktat. Den Schülerinnen und Schülern wird vorgegeben, wie sie zu leben haben. Das Beste, was man aber für die Kinder machen kann, ist die besten Lehrpersonen anzustellen. Diese wohnen nicht alle im Quartier und in Velodistanz, sie sind auch auf Autos angewiesen. Sie sollten nicht nach politischer Gesinnung ausgesucht werden.



3 / 3

Markus Merki (GLP): Die GLP lehnt das Postulat ab, weil zu wenig Zahlenmaterial vorhanden ist. Darum reichten wir die Schriftliche Anfrage 2018/009 ein. Wir sind bereit, die Reduktion von Parkplätzen in Schulanlagen zu diskutieren und begrüßen diesbezügliche Bestrebungen. Dies sollte aber auf Basis von konkreten Zahlen geschehen.

Das Postulat wird mit 59 gegen 59 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) gemäss dem Stimmverhalten des Ratspräsidenten dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat